

Ursula Eid und Bruno Engel
HILFE ZUR SELBSTHILFE ODER HILFE ALS SELBSTHILFE
Perspektiven einer grünen Entwicklungspolitik

Im März 1982, also vor dem Eintritt der Grünen in den Bundestag formulierte der Deutsche Bundestag in einem einstimmig gefaßten Beschluß, daß „die Mobilisierung und aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Entwicklungsprozeß sowie die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse bestimmende Kriterien für Programme und Projekte sein (sollen). Experten, Partnerorganisationen und gesellschaftliche Gruppen aus den Empfängerländern sind soweit wie möglich in die Projektauswahl und Projektdurchführung einzubeziehen. Selbsthilfegruppen der armen Bevölkerung sind hierbei besonders zu berücksichtigen“. Dieser – auf den ersten Blick halbwegs akzeptable – Beschluß offenbart bei genauerer Prüfung schon in seiner Formulierung und im Zusammenhang des Beschlußtextes insgesamt ein paternalistisches Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit, welches wir Grünen ablehnen.

Selbsthilfe, oder genauer „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Partizipation sind in diesem Beschluß angesprochen. Doch sowohl die theoretische Begründung wie erst recht die entwicklungspolitische Praxis der Bundesregierung zeigen, daß es um beides nicht geht, sondern um deren Funktionalisierung im Rahmen einer insgesamt verfehlten, weltmarktorientierten „Entwicklungs“politik.

Nach der politischen Wende in Bonn ging die Bundesregierung noch einen Schritt weiter: Aus der Absichtserklärung von 1982 wurde eine Tatsachenbehauptung: „Deutsche Entwicklungspolitik ist vorrangig auf die armen Bevölkerungsschichten ausgerichtet. Wo Menschen in Hunger und Armut leben, leistet die Bundesregierung unmittelbar wirkende Hilfe zur Befriedigung der Grundbedürfnisse und stärkt Willen und Fähigkeit der Armen zur Selbsthilfe.“ Tatsache aber ist, daß der Anteil bundesdeutscher Leistungen in Programme und Projekte zur Befriedigung der Grundbedürfnisse seit Antritt der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn rückläufig ist.

Was hat es also mit der Beschwörung von „Hilfe zur Selbsthilfe“ und der Be-
teuerung der Notwendigkeit von „Partizipation“ auf sich?

Die geschichtlichen Anfänge der Debatte über diese heutigen „Schlüsselbegriffe“ gehen auf den Beginn der 70er Jahre zurück. Die Strategien der beiden zurückliegenden internationalen Entwicklungsdekaden hatten kläglich versagt. In dieser Situation wurden die „think tanks“ der Großindustrie aktiv: sie nahmen die Einsicht in die „social limits of growth“ zum Ausgangspunkt einer „Renaissance der Sozialwissenschaften in den Vorstandsetagen großer Industriekonzerne“ (1).

Die Weltbank erkannte bald den funktionalen Wert der neuen Überlegungen und machte sich die Begrifflichkeit zu eigen. Schließlich folgten auch die nationalen Regierungen in den Industrieländern: die Grundbedürfnisstrategie wurde zum allgemein verbreiteten Rettungsweg hochstilisiert. Zur gleichen Zeit wurden „die

Frauen“ als Schlüsselfiguren in der landwirtschaftlichen Selbstversorgung erkannt, die Weltbank sprach von ihnen als „untergenutztem Humankapital“, das es nun stärker zu berücksichtigen und zu nutzen gelte. Letzten Endes führte dann eine genauere Untersuchung über die Gründe des Scheiterns so zahlreicher westlicher Entwicklungsprojekte zu der Erkenntnis, daß es darum gehen müsse, die „Betroffenen“ stärker in die Programm- und Projektpolitik der „Geber“-länder einzubeziehen. „Zielgruppen-Bestimmung“, „Zielorientierte Projektplanung“, „Partizipation“ — die neuen Schlagworte für die Fortsetzung einer alten Entwicklungspolitik waren geboren. Grundlegende Änderungen sind seither nicht festzustellen. Planungsmechanismen, Evaluierungsinstrumentarium und -methoden wurden verfeinert, sozialwissenschaftliche „Umfeld-Studien“ zu hauf erarbeitet, Vorzeigeprogramme entwickelt, doch für die Betroffenen in den Entwicklungsländern ist alles beim alten geblieben. Was die Bonner Bundesregierung heute gern als den „Anfang einer zweiten Umorientierung in der Entwicklungspolitik“ (2) bezeichnet, war in Wirklichkeit lediglich die Bemäntelung einer verstärkten Ausrichtung der bundesdeutschen „Entwicklungszusammenarbeit“ gemäß den härteren Effizienz-Kriterien der privatkapitalistisch orientierten Weltbankpolitik.

Berücksichtigung „sozio-kultureller Faktoren“, „stärkere Einbeziehung der Zielgruppe“, „Untersuchung der spezifischen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume“, alle diese Leerformeln dienen lediglich als funktionale Größen, um die angestrebte Effizienzsteigerung bei geringerem Mitteleinsatz besser erreichen zu können und um die strangulierenden Folgen der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank an den Randzonen auffangen bzw. abmildern zu können. Ex-Regierungsdirektor Wolfgang Fischer hat jüngst unter dem anspruchsvollen Titel „Entwicklung hängt vom Menschen ab“ beispielhaft deutlich gemacht, wie diese Funktionalisierung auszusehen hat und wie sie funktionieren soll: Sensibilisierung der Zielgruppen, Ausbildung und Motivation von Promotoren, Ausarbeitung realistischer zielgruppen-bezogener Entwicklungsstrategien und deren Operationalisierung, Schaffung von Dialogstrukturen, „die eine Überprüfung bzw. Umsetzung der in Industrieländern gewonnenen Erfahrungen auf die örtlichen Bedingungen ermöglicht“, „Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen“, „insbesondere durch Förderung des Polit-Dialogs“ (3).

Die neue Zauberformel „Politik-Dialog“ macht den tatsächlichen Bezugsrahmen der „neuen“ Bonner „Entwicklungs“-politik deutlich: Politik-Dialog soll dem Ziel dienen, „Einvernehmen zu erreichen über die entscheidenden Entwicklungshemmnisse und -engpässe sowie das vorhandene Entwicklungspotential, ferner über dementsprechende sektorale Schwerpunkte der Zusammenarbeit und schließlich auch über Reformen in Entwicklungsländern, die für eine wirksame Zusammenarbeit notwendig sind“ (4). Was hier der Staatssekretär im Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) noch sehr nebulös formuliert, wird wenige Monate später in einem internen Vermerk des BMZ deutlicher: die Bundesregierung will „insbesondere durch den Politik-Dialog auf die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen Einfluß nehmen und die Partnerländer zu politischen Vorleistungen und Entscheidungen bewegen. Das bisherige entwicklungspolitische Instrumentarium gab jedoch kaum Möglichkeiten, ähnlich wie die

Weltbank durch Finanzierung von Strukturanpassungen direkten Einfluß auf Rahmenbedingungen in einem Entwicklungsland zu nehmen“ (5). Dies ist auch uneingeschränkt der Kurs des neuen Ministers im Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein. Eingehend auf die „schmerzhaften Entscheidungen“, die vielen Ländern Afrikas von Weltbank und Währungsfonds diktiert wurden, kommt Klein zu der Schlußfolgerung: „Hier muß ein wesentlicher Teil unserer Entwicklungshilfe auf Abfederung dieser Maßnahmen zielen, nicht um die Auflagen zu unterlaufen, sondern um ihre Erfüllung überhaupt zu ermöglichen.“ (6) Diesen Bezugsrahmen muß man im Hinterkopf haben, wenn man sich mit der Förderung von Selbsthilfe-Organisationen durch das BMZ auseinandersetzt.

Hilfe zur Selbsthilfe, Partizipation, Dialog — all dies dient als funktionale Größe in dem beschriebenen Gesamtzusammenhang, dient den Interessen der „Geber“-länder, nicht aber den armen Bevölkerungsgruppen in den „Nehmer“-ländern.

Zur wunschgemäßen Kanalisierung und Funktionalisierung der Selbsthilfe-Förderung hat das BMZ eine „Arbeitseinheit“ ES31 eingerichtet, in der neben den halbstaatlichen Institutionen (Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) und Carl Duisberg-Gesellschaft (cdg)) auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NROs) vertreten sind: von kirchlicher Seite die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (eze) und MISEREOR sowie die beiden Partei-Stiftungen Friedrich-Ebert-Stiftung und Konrad Adenauer-Stiftung.

Die Skepsis seitens der kirchlichen Vertreter gegenüber dieser Arbeitsgruppe „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe“ ist bis heute nicht gewichen. Auch zahlreiche Mitarbeiter der verschiedenen bundesdeutschen Entwicklungsdienste gehen davon aus, daß diese Arbeitsgruppe eher eine „Feigenblattfunktion“ habe, daß hier „vielleicht nur aus Alibigründen nachgedacht und Papier beschrieben“ werde (7).

Was bedeuten „Selbsthilfe“ und „Hilfe zur Selbsthilfe“?

Zunächst eine Binsenweisheit, die den Regierungspropagandisten entgegengehalten werden muß: Hilfe zur Selbsthilfe setzt Selbsthilfe voraus, d.h. die aktive Beteiligung der jeweils betroffenen Gruppen, in der Regel der armen Bevölkerungsgruppen, an der Bewältigung ihrer besonderen lokalen Probleme unter Einsatz der ihnen verfügbaren Mittel entsprechend den eigenen Wert- und Zielvorstellungen.

Es geht also um eigenständige Bemühungen einer Gruppe von Individuen, die sich zum Zweck der Verwirklichung selbstgesetzter Ziele zumindest zeitweilig zu einer selbstbestimmten oder zumindest entscheidend mitbestimmten Kooperation zusammenfinden.

Ziele solcher Zusammenschlüsse sind oft die Erreichung besserer Produktionsbedingungen (z.B. Bodenrecht, Bewässerung usw.), Zugang zu lokalen oder anderen Märkten, Kreditversorgung u.a. Sehr oft entstehen solche Selbsthilfe-Initiativen spontan bei akuter Zuspitzung von Notlagen, seltener sind sie das Ergebnis langfristiger Vorarbeiten. Hierin liegt eine Ursache für die Schwäche solcher Selbsthil-

feorganisationen. Bildungs- und Ausbildungsstand, mangelnde Erfahrung im Umgang mit internen Führungsproblemen, Schwierigkeiten bei der Kontrolle der eigenen Arbeit (vor allem gegenüber – gewählten – Vertretern, die sich zu verselbständigen drohen) und immer wieder auch Mangel an Sach- und Finanzmitteln machen das Überleben dieser Gruppen schwer. Zudem können die Selbsthilfegruppen ihre gemeinschaftlichen Interessen in aller Regel nur in unmittelbarer Auseinandersetzung mit den lokalen oder übergeordneten „Autoritäten“ durchsetzen. So sind diese Gruppen massiven Existenzgefährdungen durch Politiker und Bürokraten auf allen Ebenen ausgesetzt. Diesen Instanzen gegenüber gibt nur die Stärke solidarischen Handelns die erforderliche Kraft und das Durchsetzungsvermögen. Partizipation, d.h. aktive Teilnahme an den Entscheidungsprozessen der Gruppe und Teilhabe an den Erfolgen der gemeinsamen Arbeit sind somit eine Grundbedingung erfolgreicher Selbsthilfe. Partizipation ist aber immer mehr als „nur“ die Beteiligung in dem konkreten „Projekt“-zusammenhang. Partizipation beinhaltet immer die Frage nach der Macht und betrifft damit das jeweilige System. Auch wenn die Machtfrage in dieser Zuspitzung zumeist nicht offen gestellt, oft nicht einmal zu stellen beabsichtigt ist, liegt sie im Konzept der Selbsthilfe begründet. Die tägliche Auseinandersetzung mit den örtlichen, regionalen oder zentralen Machtgruppen, die ständigen Behinderungen der Arbeit der Selbsthilfegruppen, die zahlreichen Versuche, Selbsthilfeorganisationen vor den Karren (parti-)politischer Interessen zu spannen oder sie im Rahmen von Entwicklungsplänen zu instrumentalisieren, die nicht an den Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet sind, all diese Erfahrungen führen schließlich dazu, daß immer dringender die Frage nach der Macht gestellt wird.

Gerade diese – idealtypisch – fundamentale Perspektive von Selbsthilfeorganisationen bestimmt die Politik der meisten Regierungen in den Ländern der Dritten Welt gegenüber solchen Initiativen.

Die Rahmenbedingungen für Selbsthilfebewegungen in den Entwicklungsländern sind also ausgesprochen ungünstig. Erheblich verschlechtert werden sie durch die eingangs charakterisierte Strukturanpassungspolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Richtung vorrangig marktwirtschaftlicher Orientierung der nationalen Wirtschaften dieser Länder.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit zur aber auch die Schwierigkeiten bei der Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen bzw. -organisationen.

Staatliche Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen etwa durch das BMZ existiert nahezu überhaupt nicht. Wie in den anderen Industrieländern arbeitet das BMZ – wenn überhaupt – mit Einrichtungen der Selbsthilfeförderung im Entwicklungsland zusammen. In der Regel handelt es sich dabei um staatliche Organe oder halbstaatliche Institutionen. Einen direkten Zugang zu den Selbsthilfeorganisationen hat das BMZ nicht. Dies wird nach außen gerne mit dem Tonfall des Bedauerns bekundet. Tatsächlich aber entspricht die Zusammenarbeit mit den genannten Zwischeninstanzen am ehesten den Interessen des BMZ. Denn diese Zwischeninstanzen ermöglichen eine Kanalisierung und Dienstbarmachung der nach- oder untergeordneten Selbsthilfeorganisationen für die jeweiligen (von der

Regierung des „Geber“- oder des „Nehmerlandes“) vorgegebenen Wirtschaftspläne. Bei dieser vorherrschenden Form staatlicher Kooperation „beschränkt sich das Förderungsprogramm in der Regel auf technische Probleme der Organisation, Vermarktung, Finanzierung, Ausbildung etc. Die konflikträchtigen gesellschaftspolitischen Fragen der Selbsthilfe-Gestaltung werden (müssen) vielfach außer acht gelassen (werden), um keine außenpolitischen Verstimmungen zu verursachen“ (8). Es ist aber nicht so sehr die mögliche Gefahr „außenpolitischer Verstimmungen“, denn die wird ja in vielen anderen Fragen sehr wohl in Kauf genommen. Entscheidend ist vielmehr das gemeinsame Interesse, gesellschaftspolitische Fragen innerhalb der Selbsthilfeorganisationen möglichst wenig zur Entfaltung kommen zu lassen. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß die wenigen Selbsthilfe-Projekte, die überhaupt vom BMZ unterstützt werden, in der Mehrzahl von „außen“ angeregt wurden und nicht von den betroffenen Gruppen selbst initiiert wurden. Eva-Maria Bruchhaus, eine deutsche Entwicklungsexpertin mit vieljähriger Erfahrung, bringt diesen Zusammenhang treffend auf den Punkt: „In einem Selbsthilfe-prozeß werden ungeahnte Kräfte frei: die Intelligenz, Kreativität, die Arbeitskraft und sogar die wenigen Ersparnisse derjenigen, die beschlossen haben, sich selbst zu finden. Das haben auch zahlreiche Regierungen und internationale Organisationen schnell erkannt; nicht umsonst spricht man von der ‚Mobilisierung der brachliegenden menschlichen Ressourcen‘. Und so ist es nur logisch, daß überall versucht wird, die Selbsthilfe auf staatliches Geheiß in Gang zu bringen, meist mit recht geringem Erfolg bei den betroffenen Bauern oder Slumbewohnern, dafür aber mit umso mehr Wirkung bei den Hilfsorganisationen und befreundeten Regierungen.“ (9)

Folgt man den Erklärungen des Ministeriums, müßte die staatliche Förderung von Selbsthilfeorganisationen durch zwischengeschaltete bundesdeutsche NROs in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Dies ist aber nicht der Fall. Je nach Berechnungsgrundlage beträgt der Anteil 1,5 % bis 2 % der BMZ-Mittel. Förderung von Selbsthilfeorganisationen spielt also insgesamt eine nur sehr untergeordnete Rolle in der Förderungspolitik des BMZ.

Aus grün-programmatischer Sicht kommt der Selbsthilfe und deren Förderung eine zentrale Bedeutung in einer neu zu entwickelnden Entwicklungspolitik zu.

Während Bundesregierung und internationale Organisationen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds Selbsthilfe-Initiativen ausschließlich als Instrument ihrer Entwicklungspolitik verstehen, gehe ich davon aus, daß grüne Entwicklungspolitik Selbsthilfeorganisationen eher als Ziel oder Zwischenziel von Entwicklung anstreben sollte. Selbsthilfeorganisation ist eng verknüpft mit Self-Reliance, d.h. mit der Nutzung lokaler Produktionsfaktoren für den lokalen Konsum, mit der Freisetzung aller schöpferischen Kräfte am Ort, mit Vertrauen auf die eigenen Kräfte und Fähigkeiten, mit dem Streben nach größtmöglicher Autonomie der Selbsthilfe-Einheiten. Selbsthilfe hängt wie Self-Reliance untrennbar zusammen mit Selbstachtung, mit dem Glauben an die eigenen Werte, mit Vertrauen in die eigene Tradition und eigene Kultur. Sie basiert auf den Prinzipien der Partizipation und der Solidarität. Selbsthilfe ist die Wurzel jeder Entwicklung. „Menschen können nicht entwickelt werden: sie können sich nur selbst entwickeln. Obwohl es möglich ist für einen Außenstehenden, das Haus eines Mannes zu bauen, kann er

ihm nicht Stolz und Selbstbewußtsein als Mensch geben. Diese Dinge muß ein Mensch durch das, was er tut, in sich selbst erzeugen; er entwickelt sich, indem er seine eigenen Entscheidungen trifft, indem er sein Verstehen von dem, was er tut und warum er es tut, erweitert; er vergrößert sein Wissen und seine Fähigkeiten durch seine Teilnahme — als ein Gleicher — am Leben der Gemeinschaft, in der er lebt.“ Diese Begründung des Selbsthilfegedankens durch Julius K. Nyerere stellt den Menschen und nicht die Dinge in das Zentrum von Entwicklung. Wenn wir Grünen sagen, daß alternative Entwicklung sozial, basisdemokratisch, ökologisch, gewaltfrei und kulturell selbstbestimmt sein sollte, dann kommen diesen Grundsätzen Selbsthilfe und die Förderung von Selbsthilfeorganisationen nahe. Selbsthilfeförderung ersetzt nicht unser Eintreten gegen die bestehende Weltwirtschaftsordnung mit all ihren Zwängen gegenüber den Völkern der Entwicklungsländer. Sie stärkt aber die Kräfte in den abhängig gehaltenen Ländern, die sich von diesen Zwängen frei machen wollen, die ihre eigenen Wege suchen und neue Keimformen einer basisdemokratischen und sozialen Gesellschaft entwickeln.

Was folgt nun aus all dem für die Grünen? In unserer parlamentarischen Arbeit setzen wir uns dafür ein, daß Selbsthilfeförderung des BMZ und der von ihm (mit-)finanzierten Stellen nicht weiter zu dem verkommt, was wir zuvor beschrieben haben, nämlich Disziplinierung, Funktionalisierung und Abtötung von Eigeninitiative auf selbstbestimmter Grundlage. Wir treten dafür ein, daß Selbsthilfeorganisationen im oben genannten positiven Sinne vermehrt und stärker unterstützt werden.

Über die parlamentarische Arbeit hinaus setzen wir große Hoffnungen auf die Heinrich-Böll-Stiftung, die am 18. November dieses Jahres in Köln gegründet wurde. Rene Böll, Sohn des verstorbenen Schriftstellers Heinrich Böll und einer der Mitbegründer der Stiftung, hat — bei aller Vorsicht, die besonders im Bereich der „Dritte-Welt-Arbeit“ angebracht ist — schon früh klar gemacht, daß mögliche Projekte, die von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt werden könnten, „in allen Bereichen von den ‚Bedürftigen‘ selber definiert und verwaltet werden (müssen)“ (10). Ähnlich haben sich auch die übrigen Initiatoren der Stiftung geäußert. Deshalb sehen wir gute Chancen, im Rahmen der Möglichkeiten der Heinrich-Böll-Stiftung Selbsthilfeorganisationen zu unterstützen. Um unsere Vorstellungen zumindest anzudeuten, wollen wir ein mögliches Unterstützungsvorhaben hier ein wenig ausführen.

Unterstützung von Selbsthilfeorganisationen im Tal des Senegalflusses.

Im Norden des Senegal, entlang der Grenze nach Mauretanien, verläuft der Senegalfluß, 1600 km lang, mit einem Einzugsgebiet von 300.000 km². Hier leben 1,6 Mio. Menschen. Das Senegaltal, einst Korn- und Gemüsekammer des Senegal, liegt heute in der Sahelzone. Abzug aller männlichen Arbeitskräfte im Zweiten Weltkrieg durch die Franzosen, erste Dürreperioden, dann vor allem die große Dürreperiode seit Beginn der 70er Jahre führte zu einer immer verheerenderen Versteppung, zum Brachliegen fruchtbaren Bodens. Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist seit den 70er Jahren nicht mehr sichergestellt. Der Wasserlauf des Senegal reichte nicht mehr aus, um die fruchtbaren Oualo-Böden des Überschwemmungsfeldbaus (120.000 ha) zu bewässern. Auch die Dieri-Böden des

Regenfeldbaus (80.000 ha) wurden durch den ausbleibenden Niederschlag nicht mehr ausreichend bewässert.

In der Mitte der 70er Jahre gründeten Bauern im mittleren Verlauf des Senegalflusses erste Selbsthilfeorganisationen zur künstlichen Bewässerung der Dieri-Böden. In Eigeninitiative sorgten sie für kleine Pumpaggregate, legten Bewässerungskanäle und bewässerten so Hektar für Hektar mit dem Wasser des Senegalflusses. Viele dieser Selbsthilfeorganisationen bestehen noch heute und arbeiten mit großem Erfolg. Selbstversorgung ist mit Einschränkungen sichergestellt, nach einzelnen Ernteperioden konnten sogar durch lokale Vermarktung kleinere Gewinne erzielt werden, die wiederum für die Instandhaltung der Pumpen und Bewässerungssysteme, in einem Dorf sogar zur Finanzierung eines kleinen Schulgebäudes investiert werden konnten.

Bedroht sind diese Selbsthilfeorganisationen nun durch ein Prestigeobjekt arabischer und westeuropäischer Financiers (darunter maßgeblich die Bundesrepublik Deutschland). Mitte des kommenden Jahres wird im Oberlauf des Flusses ein Riesen-Staudamm in Manantali eröffnet, der u.a. das Flußwasser aufstauen und regulieren soll. Dieses nicht mehr zu verhindernde Vorhaben hat nicht nur unabsehbare ökologische Schäden zur Folge, sondern gefährdet erhebliche Gruppen der am Flußlauf lebenden Bauern: Die kleinbäuerliche dörfliche Bewässerungswirtschaft wird in großem Ausmaß durch Agrobusiness bedroht werden. Die Bodenqualität der Bauern im unmittelbaren Flußtal wird sich verschlechtern, weil die bisherigen Schlammablagerungen nach dem Staudambau ausbleiben werden. Wollen die dörflich organisierten Bauern mittelfristig zumindest kleinere Vermarktungserfolge erzielen, müssen sie mit den Unternehmen des Agrobusiness konkurrieren. Hohe Verschuldung derjenigen Bauern, die in den Genuß der neuerschlossenen Felder kommen, ist schon jetzt absehbar, da sie die laufenden Kosten für die Wartung usw. der Bewässerungsanlagen nicht aufbringen können. Die Landwirtschaft der Region, die bisher hauptsächlich der eigenen Nahrungsversorgung diente, muß sich stärker auf Exportmärkte orientieren, damit die Milliardenbeträge, mit denen sich die Länder bei den Financiers des Staudamms verschuldet haben, wenigstens teilweise zurückgezahlt werden können.

Gegen diese Auswirkungen des Staudammprojekts haben sich zahlreiche örtliche Selbsthilfeorganisationen der Region bereits zusammengetan. Sie wollen besonders in zwei Fragen aktiv werden: sie wollen sicherstellen, daß die neuerschlossenen Böden den dörflichen Gemeinden und Familien, nicht aber Großgrundbesitzern und ausländischem Agrobusiness zugeteilt werden; zweitens wollen sie sich dafür einsetzen, daß das befürchtete Verschuldungsproblem der Familien bzw. Kommunen aufgrund der hohen Kosten des neuen Bewässerungssystems nicht auf dem Rücken der Betroffenen gelöst wird. Unterstützung dieser Initiative scheint uns besonders sinnvoll zu sein. Denn sie kommt von der Basis, aus den betroffenen Dörfern. Viele Gruppen verfügen bereits über mehrjährige Erfahrung in der Selbsthilfeorganisation, einige dieser Gruppen haben schwierige Auseinandersetzungen mit Regierungs- und halbstaatlichen Disziplinierungsversuchen erfolgreich durchstanden. Und schließlich, die Bedingungen, gegen die diese Bauern angehen, sind unmittelbar durch deutsches Eingreifen mitverschuldet.

Die Formen einer möglichen Unterstützung lassen sich selbstverständlich nur in Beratung mit den Selbsthilfeorganisationen vor Ort entwickeln.

ANMERKUNGEN

- (1) Vgl. Wolfgang Fischer, Entwicklung hängt vom Menschen ab, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 10/87, S. 16 f.
- (2) Volkmar Köhler, Der Wandel der Entwicklungspolitik in den letzten zehn Jahren, in: Europa-Archiv, Folge 16/1985, S. 487 ff.
- (3) Wolfgang Fischer, a.a.O., S. 16.
- (4) Volkmar Köhler, Der Wandel der Entwicklungspolitik in den letzten zehn Jahren, in: Europa-Archiv, Folge 16/1985, S. 488.
- (5) BMZ-Vermerk vom 22. Oktober 1986.
- (6) Hans Klein, Grundsätze und Perspektiven der deutschen Entwicklungspolitik, in: West Ost Journal, Wien, Oktober 1987.
- (7) Vgl. Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe, Sommerseminar 1986, DSE Dok. 1406 A.
- (8) Dieter W. Benecke, Konzepte einer auf SHO abstellenden entwicklungspolitischen Kooperation, S. 341.
- (9) Eva-Maria Bruchhaus, Erfahrungen und Grundsatz-Überlegungen zur Selbsthilfe, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 5/1985, S. 4 f.
- (10) Rene Böll, Un-ordentliche Gedanken zur Heinrich-Böll-Stiftung, in: Schriften gehen, Hrsg.: Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung, Bonn 1987.

*Ursula Eid, Mitglied des Deutschen Bundestages, Die Grünen,
Bundeshaus HT 405, D-5300 Bonn 1*

Journal für Entwicklungspolitik 4, 1987, S. 21 – 41

Anselm Skuhra

ZUR ORGANISATION DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSHILFE – „ETATISTISCHE“ VERWALTUNG, „KORPORATISTISCHES“ KARTELL ODER „MARKTMODELL“?

I. Einleitung (1)

Die Organisation der österreichischen Entwicklungshilfe betrifft mehrere staatliche Stellen mit jeweils unterschiedlichen Aufgaben, Interessen und Kompetenzen sowie autonome nichtstaatliche Organisationen (NGO's). Vor allem im Bereich der bilateralen Technischen Hilfe hat sich eine Arbeitsteilung, Kooperation und gegenseitige Abgrenzung herausgebildet, wie sie sonst nur in wenigen Politikbereichen existiert und hier als spezifisches Modell analysiert wird. Für die Verwaltung ergibt sich die Notwendigkeit einer Kompetenzstraffung, deren Realisierung verfolgt wird. Für einige Überlegungen dient die Situation in der BRD als eine interessante, wenn auch meistens zu unterschiedlichen Ergebnissen führende Gegenüberstellung.

Die Unterstützung erhält besondere Aktualität durch drei Umstände: zum einen erfährt die Entwicklungshilfe zur Zeit allgemein und international eine fundamentale Kritik, die auch ihre Organisationsformen miteinbezieht. Gerade eine stärkere Heranziehung von NGO's scheint manchen einen Ausweg darzustellen. Zum Teil hängt damit die gegenwärtige Kritik am Staat und dem Überhandnehmen seiner Aktivitäten zusammen. Die teilweise oder gänzliche Auslagerung bzw. Privatisierung stellt eine wichtige Alternative dar. Schließlich besteht die Frage, wie die äußerst schlechten bzw. minimalen Ergebnisse gerade der österreichischen Entwicklungshilfe durch eine Reform der Organisationsstruktur verbessert werden könnten.

Die Beziehungen Österreichs zu den Entwicklungsländern sind breit gestreut. Die Außenhandelsbilanz mit den Entwicklungsländern ist positiv und stellt damit durch die Verringerung des Handelsbilanzdefizits einen Vorteil dar (ÖFSE 1986, S. 38). Bei der Evaluation der Entwicklungshilfe rangiert Österreich unter den nunmehr 18 Mitgliedern des DAC der OECD 1986 nur an letzter Stelle.

Quantitativ stellen sich die einzelnen Bereiche der Entwicklungshilfe seit 1980 pro Jahr in etwa folgendermaßen dar: Für die bilaterale Technische Hilfe (TH), d.h. die unmittelbare Projekt- und Programmförderung (ohne die nur statistisch anrechenbaren Kosten für Studenten aus der Dritten Welt und die Verwaltung) anfangs 160, jetzt 240 Mio. Schilling; für „weiche“ Kredite (zu DAC-Bedingungen) seit 1982 140 bis 200 Mio. Schilling; für die multilaterale Technische Hilfe, also den Mitgliedsbeiträgen zu Internationalen Organisationen (schwankend je nach Dollarkurs) ca. 300 Mio. Schilling; für die Nahrungsmittelhilfe seit 1978 ca. 60 Mio. Schilling, 1981 sogar 130 Mio. Schilling; Bundesländer, Gemeinden und